No. 36. — 55. Jahrgang.

Abonnementspreise für Berlin
15 Pf. wöchentlich
frei ins Haus zweimal täglich mit 8seitig. Sonntagsblatt
monatlich m. 16seitig. Sonntagsblatt M. 0.75
vierteljährl. m. 16seitig. Sonntagsblatt „ 2.25
Abonnementspreise für auswärts
bei Bezug durch die Post
monatlich m. 16seitig. Sonntagsblatt M. 0.80
vierteljährl. m. 16seitig. Sonntagsblatt „ 2.40

Redaktion: Jerusalemer Straße 46/49
Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Berliner Volks-Zeitung

Mit Illustriertem Sonntagsblatt

Abend-Ausgabe

Dienstag, 22. Januar 1907

Insertionspreis für die Zeile 40 Pf.
Stellenangebote und Gesuche . . 30 „
Haupt-Expedition:
SW. Jerusalemer Straße 46/49.
Filialen: S. Prinzenstr. 41. SO. Kottbuserstraße 1. SO. Oranienstraße 29. O. Petersburgerstraße 2. NO. Große Frankfurterstraße 53 und Große Frankfurterstraße 87. NO. Rykestraße 31. N. Schiffbauerdamm 1. N. Gerichtstraße 14. C. Königstraße 56/57. NW. Alt-Moabit 138. W. Lutzowstraße 88. W. Leipzigerstr. 103. SW. Mittenwalderstraße 6. Kirdorf, Prinz Handjerystraße 83/84 und Berlinerstr. 73. Schöneberg, Hauptstr. 13. Charlottenburg, Kantstraße 34.

Chef-Redakteur: Karl Vollrath in Berlin.
Verlag u. Druck: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Das ungleiche Wahlrecht.

Wir haben in Deutschland nur theoretisch ein gleiches Wahlrecht. In Wirklichkeit ist das Wahlrecht infolge des Verhaltens der Reaktion sehr ungleich geworden. Nach dem Wahlgesetz soll auf je 100,000 Seelen ein Abgeordneter kommen. So ist es vor nunmehr 37 Jahren festgesetzt worden. Damals wurde auch bestimmt, daß eine Vermehrung der Zahl der Abgeordneten infolge der steigenden Bevölkerungszahl durch Gesetz bestimmt werden solle. Natürlich haben sich die reaktionären Parteien im Verein mit den reaktionären Bundesregierungen sorgfältig gehütet, ein derartiges Gesetz zu erlassen. Denn es würde dadurch den großen Städten und den dichtbevölkerten Industriebezirken ein Einfluß auf die Zusammensetzung des Reichstages eingeräumt werden, der der Reaktion stark Abbruch tun würde. Berlin beispielsweise hätte zwanzig Reichstagsabgeordnete zu wählen, während es jetzt nur sechs wählen darf. Und so konserviert man geflissentlich eine himmelschreiende Ungerechtigkeit gegen Hunderttausende von Wählern, damit die reaktionäre Junker- und Agrarierwirtschaft auch weiterhin ihre Zöllner- und Lebensmittelverteuerungspolitik nach Herzenslust betreiben kann. Von dem Umfange dieser privilegierten Wahlungerechtigkeit, die das „gleiche" Wahlrecht kariiert, macht man sich gewöhnlich eine gänzlich falsche Vorstellung. Wir geben deshalb eine Uebersicht der Wahlkreise und ihrer Bevölkerung nach dem Stande von 1903, wobei wir bemerken, daß sich seit dieser Zeit die Sachlage natürlich noch weiter zu ungunsten der Städte und zugunsten des flachen Landes verschoben hat.

Wahlkreise mit nur annähernd 100,000 Einwohnern müssen bereits als seltene Ausnahmen gelten, wie die Wahlkreise Danziger Höhe und Niederung (100,357), Wittenberg-Schweinitz (100,486), Ragnit-Pillkallen, Regierungsbezirk Gumbinnen (100,581). Unter einer Seelenzahl von 100,000 bleiben über 70 Wahlbezirke. Die kleinsten Wahlkreise waren 1903 Schaumburg-Lippe-Bückeburg (43,132), Herzogtum Lauenburg (51,833) und Waldeck-Pyrmont (57,918).

Die große Mehrzahl der 397 Wahlkreise weist der auf 60 Millionen angewachsenen Bevölkerung des Reiches entsprechend weit mehr als 100,000 Einwohner auf. Beträgt doch jetzt die Durchschnittszahl der Einwohner, auf die ein Reichstagsabgeordneter zu rechnen ist, nicht mehr 100,000, sondern schon reichlich 150,000!

Die Bevölkerungszunahme verteilt sich aber durchaus nicht gleichmäßig auf die Wahlkreise, die mehr als 100,000 Einwohner haben. In nicht weniger als 108 Wahlkreisen überschritt bereits 1903 die Bevölkerungszahl die 150,000, und zum Teil ganz bedeutend. In 68 Wahlkreisen betrug die Bevölkerung bis zu 200,000, in 25 bis zu 300,000 und in weiteren 25 Wahlkreisen erhob sie sich sogar noch darüber bis zu 700,000!

Ueber 400,000, also mehr als das Vierfache der gesetzlichen Durchschnittszahl, hatten schon 1903 die Wahlkreise: Essen (402,941 Einwohner), Dortmund-Hörde (406,434), München II (421,102), Leipzig II (421,749), Hamburg II (448,614), Berlin-Ost und Südost (464,583), Bochum-Gelsenkirchen (566,813), Beeskow-Storkow-Charlottenburg (689,444), Berlin-Nord und Nordwest (696,608). Ueber eine Viertelmillion Einwohner hatten ferner noch die Wahlkreise Duisburg-Mülheim a. Ruhr (389,835), Berlin-West und Südwest (348,066), Stadt Hannover-Linden (324,005), Niederbarnim (316,386), Düsseldorf (310,290), Beuthen (309,439), Kattowitz-Zabrze (299,007), Elberfeld-Barmen (294,328), Nürnberg (282,276), Chemnitz (276,874), Dresden-Land (275,785), Dresden-Neustadt (268,412), Kiel-Rendsburg-Neumünster (264,979), Frankfurt a. M. (264,436).

Es schwankt also die Bevölkerungszahl der Wahlkreise, deren Durchschnitt 100,000 Einwohner sein sollte und jetzt bei der Zahl von 397 Abgeordneten und 60 Millionen Einwohnern 150,000 beträgt, zwischen 44,000 und 700,000! Von einer Gleichheit des Wahlrechts im Sinne von § 5 des Wahlgesetzes kann also schlechterdings nicht mehr die Rede sein. Sie ist verloren gegangen, da von dem verfassungsmäßigen Vorbehalte einer Vermehrung der Zahl der Abgeordneten infolge der steigenden Bevölkerung bis jetzt nicht Gebrauch gemacht wurde.

* * *

Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß die Reaktion sehr wohl weiß, was sie tut, wenn sie dieser Karikierung des „gleichen" Wahlrechts auch weiterhin mit verschränkten Armen zusieht. Nur dieser haarsträubenden Ungerechtigkeit verdankt sie noch ihre volksverderbliche Herrschaft. Die reaktionären, von der Regierung in irgend einer Form abhängigen Blätter wenden gegen eine gesetzliche Neueinteilung der Wahlkreise wohl ein, daß man dann statt der gegenwärtigen 397 Abgeordneten 600 haben müsse, und das wäre für ein Parlament eine zu große Zahl. Obgleich dieser Einwand schon an sich hinfällig ist — die französische Deputiertenkammer hat 584 Mitglieder und es geht ganz gut so — so ist dagegen zu bemerken, daß es ja nicht darauf ankommen würde, die 100,000 Seelen beizubehalten; man gelangt ebenso gut zum Ziel, wenn man eine neue Grundziffer festsetzt, die der Bevölkerungszunahme Rechnung trägt, etwa 150,000 Seelen. Nur muß dann noch dieser Grundziffer eine gerechte Einteilung der Wahlkreise vorgenommen werden, so daß das richtige Verhältnis der Wahlkreise zu einander hergestellt wird. Die kleinen Bundesstaaten mit weniger als 150,000 Seelen könnten zu einem gemeinsamen Wahlkreis vereinigt werden, wie jetzt bereits in Preußen die einzelnen Regierungskreise, die nicht 100,000 oder 150,000 Seelen zählen. Die ungeheuerliche Benachteiligung der großen Städte und der dichtbevölkerten Industriekreise würde bei der Neueinteilung aufhören und es würde ein gerechteres System den jetzt bestehenden, der Gerechtigkeit ins Gesicht schlagenden Zuständen ein Ende machen.

Aber freilich — wann wird der Staatsmann kommen, der die Einsicht und den Mut und die Entschlossenheit besitzt, diesen Kampf gegen diese Ungerechtigkeit für notwendig zu halten und ihn gegen den Widerwillen der reaktionären Parteien siegreich durchzukämpfen? Von einer Regierung, die mit den reaktionären Parteien reaktionäre Politik macht, ist das Aufschneiden dieser „Eiterbeule" leider nicht zu erwarten. Darum ist es Sache des Volkes, dieser Regierung einen Reichstag auf den Hals zu schicken, der den Willen hat, das zerstörte gleiche Wahlrecht wiederherzustellen. Auch aus diesem Grunde kann kein vernünftiger Wähler seine Stimme einem Kandidaten geben, der mit den reaktionären Parteien in irgendeiner Form techtelmechtelt.

Der Wahlkampf.

Noch ehe die „Köln. Volksztg." das schöne Wort von dem „bischen Mauerfraß im Zentrumsturm" geprägt hatte — das sicherlich nicht in Vergessenheit geraten, sondern seinen Platz unter den geflügelten politischen Worten behaupten wird — hatten wir darauf hingewiesen, daß in der Leitung der Zentrumspartei tiefgehende Differenzen vorhanden sein müssen. Wir schlossen dies besonders aus den Vorgängen im Kreise Krefeld, dem bisherigen Wahlkreise des Zentrumsführers Dr. Bachem, die, wie bekannt, schließlich dazu geführt haben, daß Herr Bachem auf seine Wiederaufstellung in diesem Wahlkreise verzichten mußte. Die Zentrumspresse verhielt sich und verhält sich noch heute zu diesen Dingen auffallend schweigsam. Um so dankenswerter ist es daher, daß von anderer Seite der Schleier gelüpft wird, der die Dinge verbirgt. Einen wertvollen Beitrag hat jetzt in dieser Hinsicht der bekannte frühere Oberlandesgerichtspräsident Hamm geliefert, der in dem Wahlkreise Bonn-Rheinbach als nationalliberaler Gegenkandidat gegen den Zentrumsführer Peter Spahn aufgestellt worden ist. Ein Privat-Telegramm aus Köln berichtet uns folgendes:

Nach den Meldungen einzelner rheinischer Provinzblätter versicherte der frühere Oberlandesgerichtspräsident Hamm in einer Wahlversammlung, daß am Morgen des 13. Dezember, an dem der Reichstag aufgelöst wurde, im Zentrumsturm, wie ihm ein guter Zentrumsmann, der dabei gewesen sei, gesagt habe, ein solcher Sturm gewesen sei wie nie zuvor. Der eine Flügel der Zentrumspartei, geführt von Erzberger und Rören, hat den anderen, zu dessen Führern die Herren Spahn und Am Zehnhoff gehörten, unter sich gebracht und besiegt. Denjenigen Zentrumsabgeordneten, die sich unter den Parteibeschluß beugten, sei der Vorwurf zu machen, daß sie nicht an ihrer Meinung festgehalten haben, selbst auf die Gefahr hin, daß man sie aus dem Zentrum ausstieß.

* * *

Der Mauerfraß im Zentrumsturm. Auch ein gutkatholischer Priester, der dem Zentrum den Rücken gekehrt hat, meldet sich jetzt in den „Münchener Neuesten Nachrichten" zu Wort. Einst das Prototyp eines Waffenrechts der streitbaren Kirche, der wie nur einer von der Kanzel gegen den Liberalismus donnerte, auf liberale Zeitungen fahndete und manche Wahlschlacht für den politischen Klerikalismus mitschlagen half — ihm ist es jetzt wie Schuppen von den Augen gefallen. Er hat's gewagt und hat die schwarze Brille, die man ihm als jungem Kaplan auf die Nase drückte, und die da schier ins Fleisch gewachsen war, heruntergerissen um der Wahrheit willen. Weil er wissen wollte, wie es wirklich in der Welt aussieht, hat er mit unbewaffnetem Auge auch einmal nichtultramontane Blätter gelesen und schreibt nunmehr unter anderem:

„Ein Priester, der eine liberale Zeitung in die Hand nimmt, wird mehr verachtet in unseren Kreisen als ein Priester, der mit seiner geweihten Hand der sozialdemokratischen Presse einen Stoff liefert unter der Rubrik: „Wieder einer." (!) Der wird bei uns bedauert. Es ist daher kein Wunder, wenn wir bei der täglichen schwarzen Kost auch schwarzes Blut bekommen und schließlich alles schwarz sehen wollen und alles verdammen, was nicht unsere Farbe trägt. — Ich muß leider sagen, daß unsere Parteiblätter sich viel mehr (als die liberalen Blätter) an dem wahren Christentum versündigen, denn solchen Parteihaß, solche Liebtosigkeit, solche Verleumdung des Mitmenschen, wie es sich unsere Parteiblätter leisten, kommen nicht aus einem echt christlichen Herzen, sind dem wahren Christentum tausendmal entfernter, als wenn eine freiheitliche Presse für die Wahl eines guten Abgeordneten eintritt, der sich den Segen unserer Partei nicht erbettelt, und der von unserer Presse nur deshalb als Kirchenfeind verhadert wird, weil er nicht unserer Partei angehört."

Der ultramontanen Presse, soweit sie von diesem ehrlichen Bekenntnis Notiz nimmt, stehen die Haare zu Berge. Der Mann ist mit „unheilbarer Blindheit" geschlagen, eifert die „Augsburger Postzeitung". Er kann ohne die dicke, schwarze Brille sehen!

* * *

Zu denjenigen mehr als entbehrlichen Männern, die nicht wieder in den Reichstag zurückkehren werden, wird höchstwahrscheinlich Herr Stöcker gehören. Nach einer Meldung aus Bochum hat der Hauptvorstand der christlich-sozialen Partei folgenden Beschluß gefaßt:

„Im Hinblick auf die Kampfesweise der vereinigten Liberalen und Freisinnigen in Siegen, die in der rücksichtslosesten Weise gegen Stöcker vorgehen, seine Krankheit ausbeuten und sein positives Christentum verdächtigen, können wir unsere Beschlüsse zugunsten der Liberalen beziehungsweise Nationalliberalen in den rheinisch-westfälischen Wahlkreisen nicht aufrechterhalten. Wir behalten uns unsere Stellungnahme, besonders bei den Stichwahlen, in jedem einzelnen Falle vor."

Die Unterstützung der Christlich-Sozialen gibt glücklicherweise in keinem einzigen der rheinisch-westfälischen Wahlkreise den Ausschlag. Die Drohung mit der Entziehung der Wahlhilfe der Stöcker-Leute wird daher keine der in Betracht kommenden Parteien veranlassen, sich aus diesem Grunde für die Wiederwahl Stöckers ins Zeug zu legen. Aus anderen Gründen werden sie es erst recht nicht tun. Die Fassung des Aufrufes der Stöcker-Leute zeigt aber, daß sie selbst fast jede Hoffnung auf die Wiederwahl ihres Patrons Stöcker aufgegeben haben.

Von den Duma-Vorwahlen,

die vorgestern in Petersburg begonnen haben, meldet ein Telegramm vom 21. Januar weiter: Bei den gestrigen Wahlen der Arbeiterbevollmächtigten, denen es obliegt, 24 Wahlmänner für die Wahl der Duma-Abgeordneten zu wählen, wurden, wie nunmehr festgestellt ist, 94 Bevollmächtigte gewählt, darunter 1, der sich den Sozialrevolutionären anschließt, 22 zur Linken zu zählende Parteilose, 38 Sozialdemokraten, 4, die sich den Sozialdemokraten anschließen, 4 Kadetten, 23 gemäßigte Parteilose, 2 zur Rechten zu zählende Parteilose. Nach Nationalitäten wurden gewählt: 85 Russen, 6 Polen, 2 Esthen, 1 Deutscher. Infolge der späten Bekanntgabe des Wahltages wurde nur in 91 von 131 Fabriken gewählt. (!!) Von 25,000 in den Fabriken, in denen die Wahlen stattgefunden haben, registrierten Arbeitern waren 10,000 zur Wahl erschienen.

Im Zentrum der Stadt Mohilew feuerte gestern ein Mann drei Revolverschüsse auf den in einem Schlitten fahrenden Polizeimeister Rodionow ab. Dieser blieb unverletzt, während der Kutscher schwer verwundet wurde. Gleichzeitig warf vom Trottoir aus ein zweiter Mann eine Bombe, die jedoch niemanden verletzte. Rodionow verfolgte mit herbeieilenden Polizeibeamten und mit Passanten die beiden Männer; der eine erschoß sich, der andere sowie ein dritter, der zu ihnen gehörte, wurden festgenommen.

In Warschau wurde gestern abend der Stationschef des Bahnhofes der Warschau—Petersburger Bahn von Unbekannten überfallen und durch Revolverschüsse verwundet.

Der Privatdozent Kazanetzky in Odessa, bei dem Revolver und verbotene Bücher im Universitätsgebäude während der im vorigen Jahre vorgenommenen Durchsuchung gefunden waren, wurde vom Kriegsgericht zu lebenslänglicher Verbannung nach Sibirien verurteilt!

Wie die „Nowoje Wremja" meldet, ist die Demission des Marineministers Admirals Birilew angenommen worden.

Brotrevolten in Madrid.

Die Erhöhung der Brotpreise seitens der Madrider Bäcker hat gestern in der spanischen Hauptstadt zu stürmischen Kundgebungen und Angriffen der empörten Bevölkerung auf die Bäckerläden geführt. Ein offiziöses Telegramm meldet aus Madrid:

Abends fanden hier wegen der Brotteuerung Ausschreitungen statt, bei denen mehrere Personen verletzt wurden. Ueberall sind die strengsten Maßregeln gegen eine Erneuerung der Ruhestörungen getroffen worden.

Weniger harmlos und gemütlich erscheint die Sachlage in einem Privat-Telegramm der „Frankf. Ztg.". Dieses lautet:

Den ganzen Tag dauerten die erregten Kundgebungen gegen die drückende Brotverteuerung an. Die Volksmengen durchziehen demonstrierend die Straßen und stürmen und plündern viele Bäckerläden. An vielen Stellen kam es zu Tumulten; zahlreiche Personen wurden verwundet.

Die Bäcker hatten angesichts der Preiserhöhung den Schutz des Gouverneurs erbeten, weil man Exzesse befürchtete; der Gouverneur sicherte diesen zu, erklärte aber, daß er ihr Vorgehen nicht billigen könne. Die Eisenbahnbehörden haben sich bereit erklärt, das Brot zu einem ganz minimalen Tarife nach Madrid zu transportieren.

Wie ernst die Lage ist, geht daraus hervor, daß gestern beide Häuser des Parlaments sich mit der Brotfrage beschäftigten. Im Senat unterzogen mehrere Senatoren und der Finanzminister die Haltung der Bäckereibesitzer einer scharfen Kritik. Senator Azinlera, Bürgermeister von Madrid, erklärte, er werde mit aller Energie gegen die Bäckereibesitzer vorgehen und im Notfalle auch die äußersten Maßregeln gegen sie ergreifen. Der Finanzminister gab darauf die Versicherung, die Regierung werde das Vorgehen des Bürgermeisters gutheißen.

Der englisch-amerikanische Streitfall

in Kingston löst sich anscheinend in Wohlgefallen auf. Man wird in England darüber sehr erfreut sein, denn die Schuld daran liegt auf der Seite des englischen Gouverneurs Swettenham, der ein nervöser Herr zu sein scheint und offenbar infolge der Katastrophe den Kopf verloren hatte. Er lenkt jetzt schleunigst ein. Ein Telegramm aus London vom 21. Januar meldet:

Gouverneur Swettenham ersuchte heute die britische Regierung telegraphisch, den Vereinigten Staaten von Amerika den herzlichsten Dank Jamaikas zu übermitteln für die schnelle und kraftvolle Hilfe, die Admiral Davis geleistet habe. Swettenham erwähnt in seinem Telegramm nichts von irgendeiner Reibung. Das Kolonialamt verlangte von Swettenham telegraphisch die Einzelheiten über den Zwischenfall. Der Staatssekretär des Aeußeren Grey antwortete auf die offizielle Anfrage aus Washington, ob die britische Regierung weiter Unterstützung in Geld oder auf andere Weise für Jamaika anzunehmen geneigt sei, daß das Anerbieten dankbar geschätzt werde. Swettenham habe bis jetzt noch nicht ausführlich darüber berichtet, was erforderlich sei, daß scheine jetzt, nachdem einige Tage vergangen seien, keine Notwendigkeit mehr vorzuliegen, die Großherzigkeit der Vereinigten Staaten noch weiter zu